

»» Zwischen Heizkosten und Klimaschutz: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf aktuelle Politikmaßnahmen?

Nr. 423, 15. März 2023

Autoren: Dr. Daniel Römer, Telefon 069 7431-6326, daniel.roemer@kfw.de
Dr. Johannes Salzgeber, Telefon 069 7431-2306, johannes.salzgeber@kfw.de

Die Energiepreise haben derzeit für viele Menschen eine hohe Relevanz. Teure fossile Energieträger liefern Anreize für den Umstieg auf erneuerbare Energien – und schränken zugleich finanzielle Handlungsspielräume ein. Eine aktuelle Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer liefert Einblicke, wie die Menschen in Deutschland auf bereits beschlossene und mögliche weitere Politikmaßnahmen blicken und was dies für den weiteren Weg zur Klimaneutralität bedeutet.

Zum 1. März 2023 ist mit der Gaspreisbremse ein zentrales Instrument im Wärmebereich gestartet. Diese Maßnahme wird von den Befragten mehrheitlich unterstützt – nur wenige lehnen sie ab. Viele Menschen in Deutschland fühlen sich hierzu noch zu wenig informiert. Positiv stimmt, dass die meisten Personen angeben, trotz der staatlichen Übernahme des Dezemberabschlags weiter weniger zu heizen.

Für eine breitere Entlastung werden daneben weitere Maßnahmen diskutiert. Das in Fachkreisen favorisierte pauschale Klimageld erhält dabei die geringste Zustimmung, von weniger als 40 % der Befragten. Es gibt hierbei insbesondere Vorbehalte, dem Staat persönliche Daten für den erforderlichen Auszahlungsmechanismus zur Verfügung zu stellen.

Eine andere Politikmaßnahme wird jedoch voll unterstützt: Der Ausbau der erneuerbaren Energien, eine zentrale Säule der Energiewende, findet Zustimmung bei 92 % der Befragten. Diesen Rückhalt gilt es nun zu nutzen – und neben dem Ausbau der Erzeugungskapazitäten auch die Nutzung zur Wärmeerzeugung voranzutreiben.

Seit zwei Jahren sind die Preise an den Energiemärkten deutlich gestiegen. Dies ist von besonderer gesellschaftlicher Relevanz. Zum einen zählen Energie- und insbesondere Wärmeversorgung zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Niemand soll frieren. Zum anderen gehen von vielen Energieträgern CO₂-Emissionen aus, die bis zur Mitte des Jahrhunderts in Deutschland auf netto Null heruntergefahren werden müssen. Daher befindet sich die Energieversorgung zunehmend im Spannungsfeld zwischen Sicherstellung der Grundbedürfnisse und Klimaschutz.

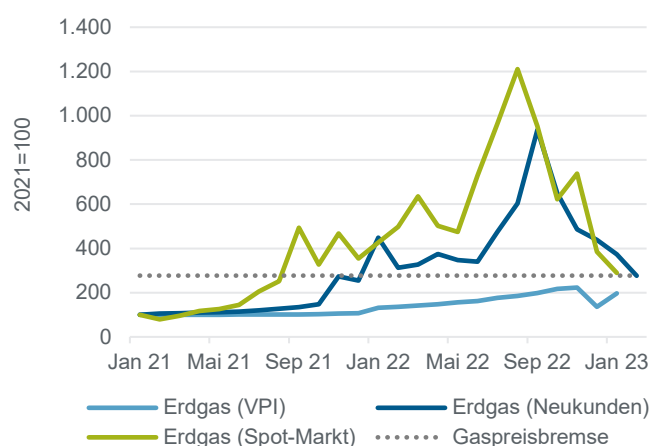
Viele Menschen in Deutschland haben bereits im Winter auf die gestiegenen Preise reagiert und durch eine Absenkung der Raumtemperatur Energie gespart.¹ Ende letzten Jahres hat die Bundesregierung umfangreiche Entlastungspakete beschlossen, um die Energiekosten zu senken, u. a. eine

Soforthilfe im Dezember und eine Gaspreisbremse, die ab dem 01.03.2023 in Kraft treten soll. Nun stellt sich die Frage, wie die Menschen auf die geplanten Entlastungsmaßnahmen blicken und ob diese die Sparanreize beeinflussen.

Große Preisschwankungen im letzten Jahr

Der Einfuhrpreis von Gas ist im letzten Jahr in zuvor ungekannte Höhen gestiegen. Durch vertragliche Bindung hat sich dies zwar nur deutlich verzögert im Verbraucherpreisindex (VPI) niedergeschlagen, bei neuen Vertragsabschlüssen entwickelte sich der Preis allerdings recht nah am Spot-Markt, was auch für Menschen in der Grundversorgung gelten dürfte (Grafik 1).

Grafik 1: Verschiedene Gaspreise konvergieren wieder



Quelle: Destatis, NDR/Verivox.²

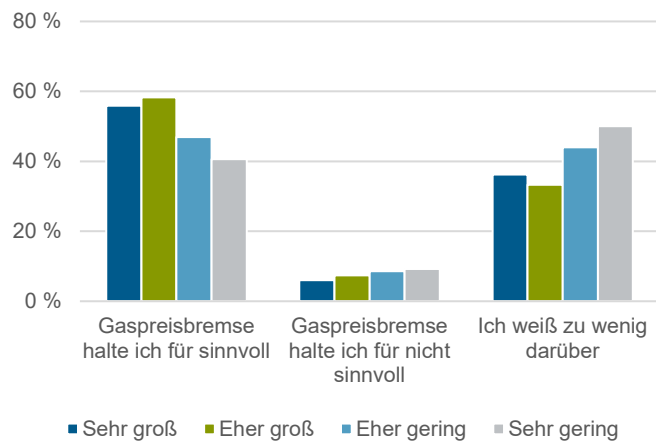
Zuletzt hat sich die große Anspannung am Gasmarkt wieder spürbar gelegt. Neue LNG-Bezugsquellen über Nachbarländer sowie die Eröffnung von LNG-Terminals in Deutschland haben zu einem größeren Angebot geführt und den Preis sinken lassen. Bei neuen Vertragsabschlüssen wurde die Marke von 12 Cent je Kilowattstunde, die der Gesetzgeber für die staatliche Gaspreisbremse vorgesehen hat (Infobox), zuletzt sogar wieder leicht unterschritten.³ Diese Entwicklung reduziert die Höhe der anfallenden staatlichen Subventionen. Aber insbesondere Kunden, die im letzten Jahr Verträge abgeschlossen haben, bietet der Gaspreisdeckel noch immer substantielle Entlastungen.

Wenig Gegenwind für die Gaspreisbremse

Die Entlastung durch die Gaspreisbremse wird in der Bevölkerung im Wesentlichen positiv gesehen. In der Befragung aus dem November 2022 zeigt sich, dass sich eine leichte Mehrheit von 53 % für die Gaspreisbremse ausspricht, dagegen sind nur rund 7 %. Gleichzeitig äußern fast 40 %, dass sie zu wenig über die Gaspreisbremse wissen, um deren Sinnhaftigkeit einschätzen zu können. Bei Personen mit geringem Kostendruck ist die Unwissenheit am größten und die Zustimmung am geringsten (Grafik 2).

Grafik 2: Zustimmung Gaspreisbremse nach Kostendruck

Frage: Die Bundesregierung hat eine Gaspreisbremse beschlossen. Was halten Sie davon? Anteile nach berichtetem Kostendruck.

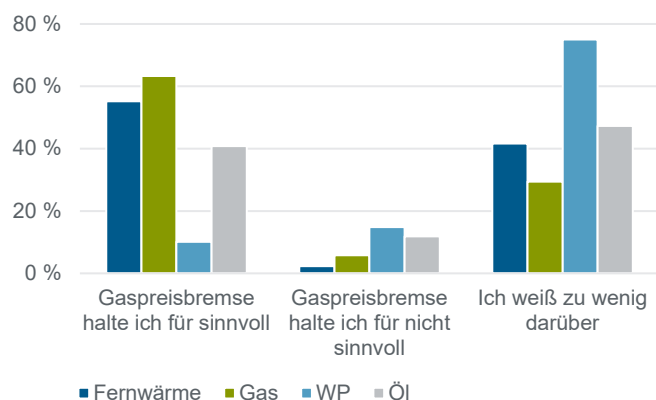


Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer.

Auch die eigene Heizungsart spielt erwartungsgemäß eine Rolle. So ist die Unterstützung bei den Gas- und Fernwärmekunden am größten mit 63 bzw. 55 %. Allerdings wissen immerhin 30 % der Personen mit Gasheizung und sogar 42 % der Fernwärmebeziehenden nach eigenen Angaben noch zu wenig über das Instrument, um ein Urteil abzugeben. Angesichts der eigenen Betroffenheit überrascht dies und zeigt, dass es hier scheinbar immer noch erhebliche Informationsbedarfe gibt (Grafik 3).

Grafik 3: Zustimmung Gaspreisbremse nach Heizungsart

Frage: Die Bundesregierung hat eine Gaspreisbremse beschlossen. Was halten Sie davon? Anteile nach Heizungsart.



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer.

Bei den nicht von der Entlastung betroffenen Haushalten sind die Wissenslücken noch einmal deutlich höher. Dreiviertel der Personen mit einer Wärmepumpe sehen sich unzureichend informiert, bei den Personen mit einer Ölheizung ist es fast jeder zweite (47 %).⁴ Allerdings ist auch in diesen Gruppen die Ablehnung der Gaspreisbremse gering. Dies zeigt eine grundsätzlich solidarische Haltung während der aktuellen Energiekrise.

Infobox Soforthilfe Dezember und Gaspreisbremse

Zur Energiekostendämpfung wurden zwei zentrale Maßnahmen für von Gas- und Fernwärmekunden beschlossen:

Durch die **Soforthilfe Dezember** wird Haushalten und Unternehmen mit einem Verbrauch von weniger als 1,5 Mio. kWh Gas oder Wärme im Jahr eine monatliche Zahlung im Dezember 2022 erlassen.

Mit der daran anschließenden **Preisbremse für Erdgas und Wärme** wird für private Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen mit einem Gasverbrauch unter 1,5 Mio. kWh im Jahr, sowie Pflegeeinrichtungen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, der Gaspreis von März 2023 bis April 2024 auf 12 Cent brutto pro Kilowattstunde begrenzt, für 80 % des Jahresverbrauchs vom Vorjahr. Entscheidend für die Höhe des Kontingents ist der im September 2022 prognostizierte Jahresverbrauch für 2023. Die Deckelung soll zudem rückwirkend ab dem 01.01.2023 wirken und somit auch auf die Kosten im Januar und Februar 2023 angewendet werden.

Im Ergebnis werden alle Bürgerinnen und Bürger im genannten Zeitraum für ein Kontingent von 80 % ihres Erdgasverbrauchs nur maximal 12 Cent je Kilowattstunde zahlen, inklusive Steuern und sonstigen staatlichen Preisbestandteilen. Für Fernwärme beträgt der gedeckelte Preis sogar nur 9,5 Cent je Kilowattstunde. Anreize zum Energiesparen werden aufrechterhalten, da die Erstattung für genau 80 % des Vorjahresverbrauchs erfolgt: Zum einen muss für jede weitere kWh der volle Vertragspreis gezahlt werden. Zum anderen erfolgt die Erstattung pauschal und reduziert sich nicht, wenn weniger als die 80 % des Vorjahresverbrauchs verbraucht werden.

Im Dezember leichte Rückgänge beim Energiesparen

Als erstes Element der Kostenentlastung wurde den Gas- und Fernwärmekunden im Dezember letzten Jahres eine monatliche Abschlagszahlung erstattet. Es stand zeitweilig die Sorge im Raum, dass dies fälschlicherweise als „kostenloses und unbegrenztes Heizen“ verstanden werden könnte.⁵ Tatsächlich sind die Gaseinsparungen der Haushalte im Vergleich zum Vorjahresmonat von -46 % im Oktober und -30 % im November auf nur noch -9 % im Dezember zurückgegangen.⁶ Dies ist allerdings auch auf die Außentemperaturen zurückzuführen: Denn während die Temperaturen in den Vormonaten überdurchschnittlich mild waren, war es im Dezember mit durchschnittlich 1,8 °C erheblich kälter als im Vergleichszeitraum (3,2 °C).⁷

Die Daten der KfW-Sonderbefragung deuten auf einen eher moderaten Rückgang der Einsparmotivation hin: Haben im November noch 76 % der Nutzer von Fernwärme und Gasheizungen nach eigenen Angaben weniger geheizt, wollten das im Dezember noch immer 65 % tun. Kaum eine der befragten

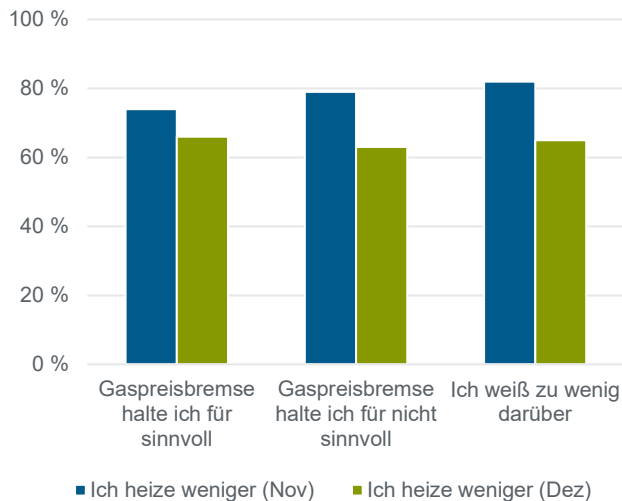
Personen gab an, im Dezember sogar mehr heizen zu wollen als im Vorjahr (<1%).

Die leichten Motivationsrückgänge fallen bei Gasheizungen etwas höher aus (von 80 auf 68 %) als bei Nutzern von Fernwärme (von 59 auf 54 %), die generell einen etwas niedrigeren Kostendruck verspüren. Zudem spielt das Einkommen eine Rolle. So sind bei den Gas- und Fernwärmekunden mit unterdurchschnittlichem Einkommen die Einsparabsichten im Dezember deutlich stärker zurückgegangen (von 88 auf 63 %) als in der oberen Einkommenshälfte (von 78 auf 75 %).

Zudem zeigt sich, dass die Einsparrückgänge bei Menschen, die der Gaspreisbremse gegenüber kritisch eingestellt sind, rund doppelt so hoch sind (von 79 auf 63 %) wie bei denjenigen, die das Instrument für sinnvoll halten (von 74 auf 66 %) (Grafik 4).⁸

Grafik 4: Einsparrückgang insbesondere bei denjenigen mit Zweifeln am Instrument Gaspreisbremse

Frage (blau): Trifft die folgende Aussage auf Sie zu: Ich heize weniger als im Vorjahr. Frage (grün): Wie werden Sie auf die Entlastungsmaßnahmen durch die Gaspreisbremse im Dezember reagieren? Ich heize weniger als im Vorjahr.



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmometer.

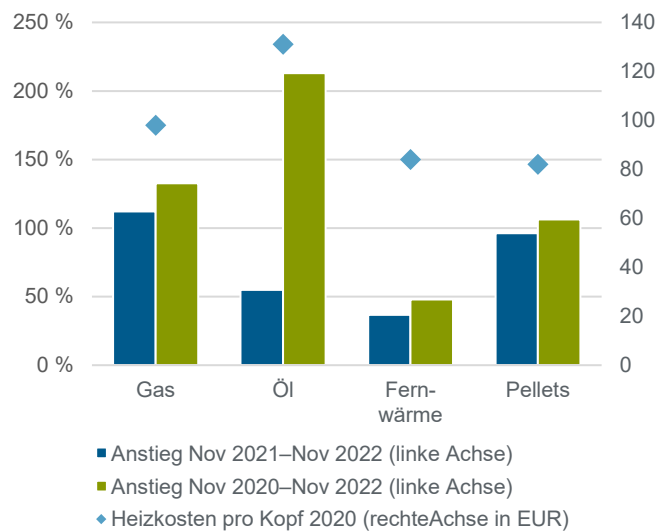
Heizkosten auch in der Breite gestiegen

Die Gasheizung war aus zwei Gründen im Fokus der Entlastungsmaßnahmen. Zum einen steht sie momentan in fast jeder zweiten Wohnung, zum anderen gab es gerade am Gasmarkt temporär massive Anstiege.⁹ Allerdings sehen sich auch die übrigen Haushalte deutlich gestiegenen Heizkosten gegenüber. Dies zeigen sowohl aktuelle Befragungsdaten als auch Auswertungen auf Basis der amtlichen Statistik.

Die durchschnittlichen Heizkosten pro Person lagen im Jahr 2020 nicht sehr weit auseinander, mit Spitzenwerten für Ölheizungen. Seitdem ist das durchschnittliche Preisniveau noch einmal deutlich gestiegen, beim Öl lag der Verbraucherpreisindex im letzten November sogar fast dreimal so hoch wie noch zwei Jahre zuvor (Grafik 5). Das verdeutlicht, dass die Entlastungsmaßnahmen nicht nur auf Gas beschränkt sein dürfen, sondern auch in der Breite wirken müssen, um finanzielle Überforderung zu vermeiden.

Grafik 5: Große Anstiege der Energiekosten

Anstieg der Verbraucherpreisindizes über 12 bzw. 24 Monate



Quelle: Destatis, IW Köln.

Größtenteils Zustimmung zu den Entlastungsmaßnahmen

Neben der Gaspreisbremse wurden weitere Maßnahmen zur Senkung des Kostendrucks beschlossen. Dazu gehört eine Preisbremse für Strom, ein verringerter Mehrwertsteuersatz auf Gas sowie eine Härtefallregelung unabhängig von der Heizungsart.¹⁰ In der Befragung wurden die Teilnehmer auch um eine Einschätzung zu dem weiteren Maßnahmenspektrum gebeten.

Die meisten der vorgeschlagenen oder bereits umgesetzten Maßnahmen erhalten dabei eine breite Unterstützung (Grafik 6). Am höchsten ist die Zustimmung für eine Abschöpfung von Übergewinnen bei den Energieerzeugern (84 %) sowie die Einführung von Energiepreisdeckeln für Industrie (82 %) und Haushalte (81 %). Etwas geringer ist der Rückhalt für eine Steuersenkung bei fossilen Energieträgern (68 %).

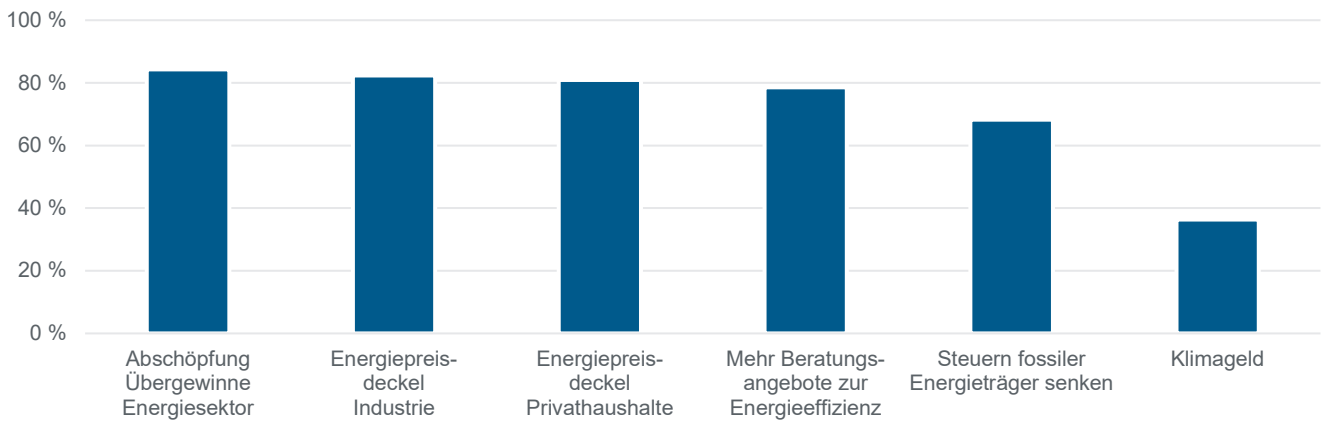
Das „Klimageld“, eine geplante pauschale Pro-Kopf-Zahlung (siehe Box), befürworten allerdings mit 36 % nur weniger als die Hälfte der Befragten. Diese geringe Zustimmung ist bemerkenswert, zumal mit der Übergewinnsteuer eine Maßnahme an der Spitze der Zustimmung steht, von der die Verbraucher zunächst keinen direkten Nutzen hätten. Zudem wird ein Instrument wie das Klimageld häufig als ideale Möglichkeit angesehen, um sozial ausgewogen und anreizkompatibel steigende Energiepreise zu kompensieren.¹¹ Wie ist dieses Ergebnis daher zu interpretieren?

Infobox Klimageld

Unter Klimageld wird eine Pro-Kopf-Zahlung als Kompensation für eine CO₂-Bepreisung bzw. etwaige Mehrkosten durch den Klimaschutz verstanden. Die Idee eines Klimageldes ist, einerseits die Bevölkerung direkt zu entlasten und gleichzeitig Anreize zum Energiesparen zu geben, da die Differenz aus Klimageld und Mehrkosten in den Taschen der Verbraucher verbleibt. SPD, Grüne und FDP haben sich im Koalitionsvertrag vom 07.12.2021 auf die Einführung eines Klimageldes geeinigt. Die konkrete Umsetzung wird gegenwärtig allerdings noch in der Koalition diskutiert.

Grafik 6: Zustimmung zu verschiedenen Politikmaßnahmen

Frage: Wie bewerten Sie folgende Maßnahmen zur Entlastung von hohen Energiepreisen? Anteile der Antworten „sehr sinnvoll“ und „sinnvoll“.



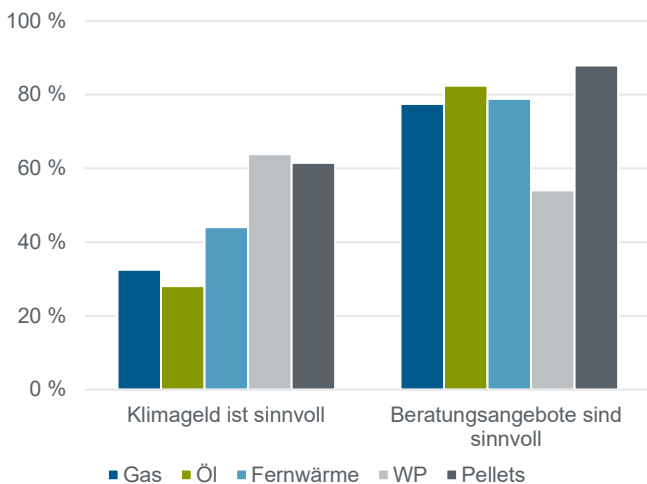
Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmeter.

Zwei Elemente scheinen für die Zustimmung zum Klimageld relevant zu sein. Der erste Aspekt ist das Haushaltseinkommen. So zeigt sich, dass die Zustimmung im untersten Einkommensquartil am höchsten ist. Hier hätte das Instrument sogar eine deutliche Mehrheit (rund 60 %), während die Zustimmung in den anderen drei Einkommensquartilen bei nur bei 22–33 % liegt. Dieser Befund steht im Einklang mit einer früheren Befragung des DIW, die zwar eine grundsätzlich höhere Zustimmung, aber den gleichen Einkommensrend konstatiert.¹² Möglich ist, dass unklare Verteilungsaspekte der Pro-Kopf-Prämie dazu führen, dass insbesondere höhere Einkommen diesem Instrument kritischer gegenüberstehen.¹³

Ein zweiter Faktor ist die eigene Heizung. Hier zeigt sich, dass die Zustimmung zum Klimageld in der Gruppe der Öl- und Gasheizungen mit rund 30 % besonders niedrig ist, während sich die Nutzer von Wärmepumpen (64 %) und Pelletheizungen (62 %) mehrheitlich dafür aussprechen (Grafik 7).

Grafik 7: Einsparrückgang insbesondere bei denjenigen mit Zweifeln am Instrument Gaspreisbremse

Frage: Wie bewerten Sie folgende Maßnahmen zur Entlastung von hohen Energiepreisen? Anteile nach Heizungsart.



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmeter

Dies könnte zum einen mit darin begründet sein, dass die Nutzer fossiler Heizungstechnologien keine pauschale Entlastung, sondern eine gezielte Entlastung der fossilen Energieträger wünschen. Auch ist denkbar, dass der Begriff „Klimageld“ irreführend sein und etwa intuitiv als Abgabe fürs Klima verstanden werden könnte – auch wenn der entlastende Charakter in der Befragung explizit genannt wurde.¹⁴

So zeigten sich in einer früheren Befragung höhere Zustimmungsraten, wenn in der Frage zunächst der Begriff „Energiegeld“ verwendet und zudem von einer „monatlichen pro-Kopf Erstattung für alle Bürgerinnen und Bürger“ gesprochen wurde, ohne den pauschalen Charakter zu betonen.¹⁵ In einer weiteren empirischen Studie, in der das Klimageld als pauschale „Klimadividende“ bezeichnet wurde, zeigte sich hingegen wie in unserer aktuellen Befragung eine geringe Zustimmung, die u. a. mit einer fehlenden Klimawirkung, der fehlenden Steuerung (Gießkannenprinzip) und auch mit einem wahrgenommen hohen bürokratischen Aufwand begründet wird.¹⁶

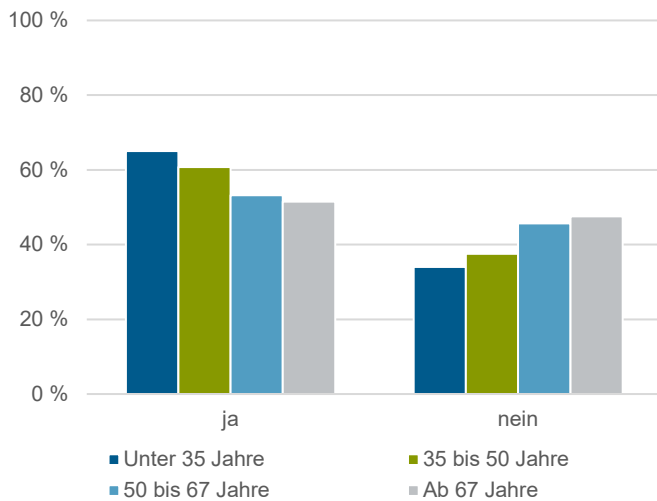
Die verschiedenen empirischen Ergebnisse legen nahe, dass die Zustimmung zum Klimageld von den gewählten Begrifflichkeiten und der genauen Darstellung der Maßnahme abhängt. Um alle Teile der Bevölkerung mitzunehmen, gilt es deshalb neben einer möglichst zielgenauen Entlastung auch dafür zu sorgen, dass die Maßnahmen verstanden werden und sich die Menschen auch mit dem verwendeten „Label“ der Maßnahme identifizieren können.

Auszahlungsmechanismus als zentrales Hindernis

Abgesehen von den Bedenken in der Bevölkerung ist die Auszahlung eines Klimageldes an alle Bürger derzeit schlicht nicht möglich. Es fehlt ein Auszahlungsmechanismus. Eine Einrichtung wäre am einfachsten, wenn alle Bürger ihre Kontodaten an den Staat weitergäben. Dies ist indes ein Schritt, den viele Menschen in Deutschland lieber vermeiden würden. Nur 57 % würden ihre Bankverbindung dem Staat zur Verfügung stellen. Immerhin 42 % lehnen dies ab. Dies ist erstaunlich, da die Weitergabe mit einer Auszahlung und somit mit einem finanziellen Vorteil verbunden wäre. Ebenso bemerkenswert ist, dass die ablehnende Haltung bei den Befürwortern des Klimageldes sogar noch einmal etwas weiterverbreitet ist (44 %) als bei denjenigen, die ein Klimageld nicht unterstützen (41 %).

Grafik 8: Junge Menschen sind offener für die gezielte Datenweitergabe

Frage: Wären Sie bereit, dem Staat private Daten wie Kontonummer, Name und Adresse zur Verfügung stellen, damit er Entlastungszahlungen direkt an Sie auszahlen kann? Anteile nach Alter der befragten Person



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmeter.

Zurückhaltend scheinen insbesondere ältere Menschen zu sein, hier lehnt fast jeder Zweite (48 %) die Datenweitergabe ab. Jüngere Menschen zeigen sich hingegen deutlich offener, hier spricht sich nur noch jeder Dritte (34 %) gegen die Weitergabe aus (Grafik 8).

Breite Zustimmung zum Ausbau der Erneuerbaren

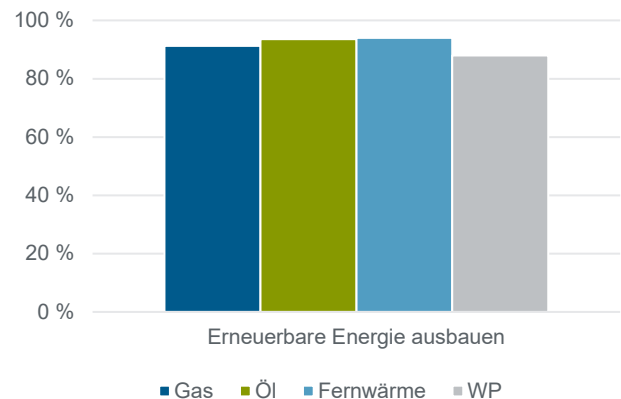
Der wichtigste Hebel, um die Abhängigkeit von Energieimporten und deren schwankenden Preisen zu reduzieren, ist letztlich der Ausbau der erneuerbaren Energien (EE). Die Ziele der Bundesregierung erfordern, dass die inländischen Kapazitäten von Windenergie an Land verglichen mit heute bis 2030 verdoppelt, die von Photovoltaik verdreifacht und die von Windenergie auf See nahezu vervierfacht werden. Das gegenwärtige EE-Ausbautempo reicht hierfür bei weitem nicht aus. Vielmehr ist eine deutliche Beschleunigung erforderlich, die zuletzt durch eine Vorrangstellung und eine angestrebte Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren Rückenwind bekommen hat.

Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren wird von einer überwältigenden Bevölkerungsmehrheit von 92 % unterstützt, – über die verschiedenen Bevölkerungsteile hinweg.¹⁷ Auch mit Blick auf die genutzte Heizung zeigen sich wenig Unterschiede: die Nutzer von Gas- und Ölheizungen stehen ebenfalls hinter dem Ausbau (91 bzw. 94 %, Grafik 9).

Dabei gilt es zwar zu berücksichtigen, dass die Zustimmung zu Anlagen, die in der eigenen Nachbarschaft errichtet werden sollen, typischerweise etwas niedriger ist. Zuletzt befanden in einer repräsentativen Umfrage aber immer noch fast zwei Drittel (63 %) der Bürger eine regenerative Stromerzeugung in der eigenen Nachbarschaft für gut oder sehr gut – wobei die Zustimmung höher ausfiel, wenn die Befragten bereits tatsächlich eigene Erfahrung in der Nachbarschaft gemacht hatten.¹⁸ Dieser insgesamt breite Konsens stimmt positiv mit Blick auf den erforderlichen Ausbau.

Grafik 9: Breite Zustimmung zum Ausbau der Erneuerbaren

Frage: Wie bewerten Sie folgende Maßnahmen zur Entlastung von hohen Energiepreisen? Anteile der Antworten „sehr sinnvoll“ und „sinnvoll“, nach Heizungsart.



Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarmeter.

Fazit

Die Energieversorgung befindet sich angesichts stark gestiegener Energiepreise zunehmend im Spannungsfeld zwischen Grundbedürfniserfüllung und Klimaschutz. In den Befragungsergebnissen zeigt sich eine solidarische Haltung der Bevölkerung und eine grundsätzliche Zustimmung zum derzeit eingeschlagenen Kurs.

Defizite zeichnen sich hingegen mit Blick auf die Kommunikation der Maßnahmen ab. Viele Menschen sehen sich bezüglich der Gaspreisbremse noch nicht hinreichend informiert, um das Instrument beurteilen zu können. Das im Koalitionsvertrag genannte Klimageld wird in dieser Befragung sogar mehrheitlich abgelehnt. Hierbei scheinen insbesondere Vorbehalte gegenüber einem erforderlichen direkten Auszahlungsmechanismus zu bestehen. Dabei erscheint es zeitgemäß und hilfreich, einen solchen Kanal zu ermöglichen, da er auch bei anderen Krisen dem Staat ein Werkzeug zur direkten Unterstützung seiner Bevölkerung ermöglicht.

Entlastungsmaßnahmen für Bürger mit niedrigem Einkommen sind wichtig, um sie vor exorbitant hohen Energiepreisen zu schützen, die spätestens im kommenden Winter 2023/2024 erneut drohen. Wichtig ist nun aber auch, dass dabei die Anreize aufrechterhalten werden, fossile Energieträger sparsam einzusetzen. Die Befragungsdaten legen diesbezüglich nahe, dass die Entlastungsmaßnahmen den Sparanreiz nicht substantiell untergraben – und der Preisdeckel in angemessener Höhe angesetzt wurde.

Der mittel- und langfristige Pfad hin zu einer CO₂-freien Energieversorgung erfordert darüber hinaus Investitionen in klimafreundliche Technologien. Die sehr breite Zustimmung für die erneuerbaren Energien gilt es nun zu nutzen und den Ausbau konsequent und schneller voranzutreiben. Hierbei ist auch eine stärkere Einbindung bei der Wärmeerzeugung zentral. Denn der angestrebte klimaneutrale Gebäudebestand wird letztendlich nur möglich sein, wenn der „grüne Strom“ auch zur Erzeugung von „grüner Wärme“ genutzt werden kann.

Folgen Sie KfW Research auf Twitter:

<https://twitter.com/KfW>

Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, und Sie verpassen keine Publikation:

[https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-\(D\)/index.jsp](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/KfW-Newsdienste/Newsletter-Research-(D)/index.jsp).

Datenbasis: Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarometer

Die hier vorgelegten Analysen zu den Einstellungen der Menschen in Deutschland basieren auf einer ergänzenden Sonderbefragung zum KfW-Energiewendebarometer. Im Rahmen des infas-Panel wurden hierzu 1.011 in Deutschland wohnhafte Personen ab 18 Jahren telefonisch befragt. Der Befragungszeitraum war der 1.–30. November 2022, basierend auf einer ADM-Dual-Frame-Telefonstichprobe. Das Vorgehen ermöglicht eine präzise, repräsentative Datenbasis mit transparenter Entstehungsgeschichte und vollständiger Bevölkerungsabdeckung. Für mehr Informationen siehe <https://www.infas.de/infas-panel/>.

¹ Vgl. Römer, D. und J. Salzgeber (2023): Wie reagieren die Menschen in Deutschland auf gestiegene Heizkosten, Fokus Volkswirtschaft Nr. 416, KfW Research.

² Vgl. <https://www.ndr.de/ratgeber/verbraucher/Gaspreis-aktuell-wie-viel-kostet-Kilowattstunde,gaspreis142.html>.

³ Zuletzt kostete eine Kilowattstunde Gas im Mittel 10,9 Cent für Neukunden (Datenstand: 14.03.2023), vgl. <https://www.ndr.de/ratgeber/verbraucher/Gaspreis-aktuell-wie-viel-kostet-Kilowattstunde,gaspreis142.html>.

⁴ Auch für Nutzer von anderen Heizungen gibt es Entlastungsmaßnahmen in Form von Härtefall-Regelungen für Haushalte, Unternehmen und Einrichtungen, die durch die steigenden Energiepreise in besonderer Weise betroffen sind, z. B. für Mieterinnen und Mieter, Wohnungsunternehmen, soziale Träger, Kultur und Forschung. Erhalten einzelne Unternehmen insgesamt hohe Förderbeträge, müssen beihilferechtliche Vorgaben eingehalten werden. Vgl. BMWK – Gas- und Strompreisbremse.

⁵ Vgl. z. B. Erstattung für Gasabschlag: Im Dezember unbegrenzt heizen? <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.erstattung-gasabschlag-dezember-mhsd.867b8c1b-06b9-4c16-98cb-965f34eac216.html> (stuttgarter-nachrichten.de).

⁶ Angaben jeweils im Vorjahresvergleich. Vgl. Bundesnetzagentur - Rückblick: Gasversorgung im Jahr 2022 https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/aktuelle_gasversorgung/Rueckblick/start.html.

⁷ Vgl. Bundesnetzagentur - Rückblick: Gasversorgung im Jahr 2022, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/aktuelle_gasversorgung/Rueckblick/start.html.

⁸ Motivationsrückgänge können auch durch die sich bereits im Dezember abschwächende Gefahr einer Gasmangellage erfolgt sein, vgl. z. B. Energate Messenger (2022): Ines: "Gasmangellage sehr unwahrscheinlich", <https://www.energate-messenger.de/news/228773/ines-gasmangellage-sehr-unwahrscheinlich> online veröffentlicht am 08.12.2022. Grundsätzlich können neben Motivationsrückgängen auch andere Aspekte für einen höheren Gasverbrauch im Dezember sprechen, z. B. das während der Ferien und Feiertage mehr Menschen tagsüber zu Hause waren.

⁹ Vgl. Römer, D. und J. Salzgeber (2023): Wie reagieren die Menschen in Deutschland auf gestiegene Heizkosten, Fokus Volkswirtschaft Nr. 416, KfW Research.

¹⁰ Für einen Überblick siehe Wir entlasten Deutschland | Bundesregierung, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/entlastung-fuer-deutschland>.

¹¹ Vgl. bspw. Schwarz, M. (2022): Die Antworten auf den Energiepreisschock in eine Klimaschutzstrategie einbetten, Fokus Volkswirtschaft Nr. 385, KfW Research; Bach, S. et al. (2019): CO₂-Bepreisung im Wärme- und Verkehrssektor: Diskussion von Wirkungen und alternativen Entlastungsoptionen. DIW-Politikberatung kompakt Nr. 140.

¹² Schupp et al. (2022): Hohe Zustimmung für Klimageld – vor allem bei Personen mit großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation, DIW aktuell Nr. 85.

¹³ Vgl. Matthies, E., Becker, A. und S. Bobeth (2020): CO₂-Bepreisung zwischen wirkungsvollem Instrument und Überforderung? Eine Pilotstudie zu Bedingungen der Akzeptabilität. GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 29(4), 249–257

¹⁴ In der Befragung wurde explizit ergänzt, dass durch das Klimageld „jede Person in Deutschland denselben Euro-Betrag als Entlastung erhält“.

¹⁵ Vgl. Schupp et al. (2022): Hohe Zustimmung für Klimageld – vor allem bei Personen mit großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation, DIW aktuell Nr. 85. Weitere Unterschiede könnte die betrachtete Grundgesamtheit liegen, da in der DIW-Befragung Repräsentativität für alle Menschen mit Online-Zugang gegeben ist und in der vorliegenden Studie für die gesamte Bevölkerung.

¹⁶ Vgl. A Barckhausen et al. (2022): Akzeptanz und Kommunikation eines CO₂-Bepreisungssystems. Berlin

¹⁷ Römer, D. und J. Salzgeber (2023): Breite Zustimmung zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 235, KfW Research.

¹⁸ In der von der Agentur für Erneuerbare Energien beauftragten Studie unterscheidet sich die Zustimmung je nach Art der Anlage: 65 % der Befragten sprachen sich für Solarparks aus (bei Erfahrungen in der Nachbarschaft sind es sogar 69 %), für Solardächer 80 % (89 %) und Windenergieanlagen 50 % (63 %). Die Zustimmung Vgl. Agentur für Erneuerbare Energien (2022): Umfrage: Wunsch nach Versorgungssicherheit befügelt Akzeptanz von Erneuerbaren Energien, <https://www.unendlich-viel-energie.de/umfrage-wunsch-nach-versorgungssicherheit-beflueg>.